

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 7

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Innenpolitik

Am Schlusse der nicht nur in klimatischer Hinsicht heißen Sommer-session der Bundesversammlung befaßte sich der Nationalrat volle 25 Stunden lang mit der *Neuordnung der Bundesfinanzen*. Dabei wurde leider die zum vorneherein nicht recht befriedigende Vorlage des Bundesrates in verschiedenen Punkten noch verschlechtert. Die Luxussteuer soll verschwinden, während für die Warenumsatzsteuer weiterhin der heutige Satz von 3,5 Prozent des Detailpreises vorgesehen wird. Keine Gnade fand das sozialdemokratische Begehren nach Befreiung der Textilien. Dagegen fällt die Wehrsteuer vom Vermögen dahin. Bei der Einkommenssteuer für natürliche Personen beträgt der Maximalsatz 8,5 Prozent (statt 10 Prozent gemäß dem bundesrätlichem Vorschlag), und die juristischen Personen haben nach den geplanten Übergangsbestimmungen noch 6 Prozent vom Reingewinn und 0,75 Promille vom Kapital und den Reserven zu entrichten. Von den Rückvergütungen der Genossenschaften, die von den Sozialdemokraten selbstverständlich grundsätzlich bekämpft wurden, wird der 6 Prozent des Warenpreises übersteigende Teil mit 3 Prozent besteuert. Kurz und gut, die Verständigung wurde nach rechts gesucht. Es ist ungefähr das als «Kompromiß» aus den Verhandlungen herausgekommen, was die Freisinnigen mit ihrer Luzerner Initiative zur Entlastung der Großverdiener und Millionäre anstrebten. Daß die Sozialdemokraten bei dieser Sachlage vorläufige Stimmenthaltung beschlossen und auch auf die Abgabe einer Fraktionserklärung verzichteten, ist verständlich. Ob man im bürgerlichen Lager noch vor der Herbstsession des Ständerates erkennt, daß den Arbeitern und Konsumenten kräftigere Konzessionen im Sinne der Begehren der sozialdemokratischen Steuerabbau-Initiative gemacht werden müssen, wenn das Volk zu dieser Finanzreform ja sagen soll, wird sich weisen. Die «Schluß»abstimmung im Nationalrat hat ja bei zahlreichen Enthaltungen nur 86 Ja gegen 20 Nein ergeben. Die Regierungsparteien täten jedenfalls gut daran, nicht zu vergessen, daß die Konsumenten der Verankerung der Warenumsatzsteuer in der Verfassung nur zustimmen können, wenn bei der Wust und bei der direkten Bundessteuer gleichwertige Entlastungen erfolgen.

Immer mehr zeigen sich breite Volksschichten ob der prekären *Situation im schweizerischen Wohnungsmarkt* beunruhigt. Wie es zu erwarten war, nimmt das Total des Bauvolumens trotz der vom Bundesrat betriebenen Politik der Geldverteuerung vorderhand nicht ab. Der rund 8 Prozent betragende Rückschlag im privaten Wohnungsbau wird vielmehr durch die Intensivie-

rung des öffentlichen Bauens und die massiven Investitionen im Kraftwerksbau überkompensiert. Auch die gewerbliche und industrielle Bautätigkeit, die sich noch im Jahre 1955 auf 800 Millionen Franken belief, letztes Jahr aber auf 1116 Millionen Franken hinaufschleunigte, konnte noch nicht wirksam gebremst werden. Dagegen ist der soziale Wohnungsbau und ganz speziell die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugenossenschaften durch die von unserer Landesregierung in Gang gesetzte Kapitalsperre und Hypothekarzinserhöhung neuerdings erschwert worden. Der Bundesrat, dem die Eidgenössische Preisbildungskommission schon vor geraumer Zeit dringend nahelegte, durch eine eigene Aktion zusätzlichen Wohnraum zu erschwinglichen Mietzinsen zu beschaffen, hat nun dem Parlament eine diesbezügliche Vorlage zugeleitet. Vorgesehen ist eine Verbilligung der Kapitalzinsen bis zu 0,5 Prozent der Anlagekosten sowie die Mithilfe bei der Kapitalbeschaffung. Zinsverbilligte Bundesdarlehen sollen jedoch nur während vier Jahren ausgegeben werden, und zwar für II. Hypotheken, die mindestens $\frac{1}{4}$ Prozent höher zu verzinsen sind als normale I. Hypotheken für den sozialen Wohnungsbau. Es ist klar, daß eine solch bescheidene und zudem auf total 8000 Wohnungen beschränkte Bundesaktion nicht zur Überwindung der zunehmenden Wohnungsnot ausreicht. Bestenfalls wird durch die vorgeschlagenen Maßnahmen der Schaden ausgeglichen, der durch die falsche Kapitalmarktpolitik des Bundesrates für den Wohnungsbau entstanden ist. Die Vertreter der Lohnverdiener und Mieter in der Bundesversammlung werden alles daran setzen, daß die dringend nötige Wohnbauförderung von Bundes wegen großzügiger angepackt wird, als es in dieser «Vorlage des schlechten Gewissens» geschieht. Wer übrigens glaubte, das Gestürm der Immobiliengesellschaften, der Führung des Hausbesitzerverbandes und des Rechtsbürgertums gegen den Mieterschutz würde nach dem Erscheinen der bundesrätlichen Botschaft betreffend den sozialen Wohnungsbau aufhören, hat den Drang der Konjunkturgewinnler nach noch mehr Profiten unterschätzt. Nach wie vor streben die Großbesitzer nach einer weiteren generellen Erhöhung der Mietzinsen der Altwohnungen, weswegen auf diesem Gebiete für das ganze Volk größte Wachsamkeit geboten ist.

Erfreuliches ist von den Bestrebungen zur weiteren Demokratisierung unseres Staatsrechtes zu berichten. Die *ständerrätliche Kommission zur Vorberatung des Bundesbeschlusses über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten* hat mit der überraschend hohen Stimmzahl von 10 Ja gegen 3 Nein Eintreten auf die Vorlage beschlossen. In sachlicher Hinsicht tendiert sie zur Konzentration der Neuerung in einem einzigen Verfassungsartikel, was an sich wünschbar wäre, verschiedener Sonderregelungen wegen jedoch nicht leicht zu realisieren sein wird. Einen der heiklen Punkte hat die ständerätliche Kommission materiell berührt, indem sie, entgegen der Meinung des Bundesrates, die Zahlen der

für ein Referendum oder eine Initiative nötigen Unterschriften nicht verdoppeln, sondern nur auf 50 000 bzw. 70 000 erhöhen will. 1848, anlässlich der Schaffung der Bundesverfassung und der Einführung des Initiativrechts für die Totalrevision der Bundesverfassung betrug die Zahl der Stimmberechtigten 437 103, im Jahre 1957, bei der Abstimmung über den Zivilschutzartikel, belief sie sich auf 1 464 540, nach der Einführung des Frauenstimmrechts wird sie aber auf rund drei Millionen ansteigen, so daß eine Erhöhung der Unterschriftenzahl für Volksbegehren als durchaus logisch erscheint. Das Fehlen einer Bestimmung zur gleichzeitigen Erhöhung der Unterschriftenzahlen könnte übrigens vielen Männern, die eine Intensivierung der Abstimmungsinflation befürchten, Anlaß zur Verwerfung der Frauenstimmrechtsvorlage bieten. Demgegenüber prophezeien andere Kreise, vor allem solche im Landesring der Unabhängigen, die Erhöhung der Referendums- und Initiativzahlen werde zu einer Erschwerung des Veto- und Vorschlagsrechts des Volkes führen. Es ist Aufgabe aller Freunde des Frauenstimmrechts, für diese wichtige Nebenfrage die richtige Verständigungsformel zu suchen. Ob sie die ständerätliche Kommission mit ihrem Vorschlag bereits gefunden hat, ist nämlich fraglich. F. E.

Außenpolitik

Am 4. Juli wurde in Moskau bekannt, daß Ende Juni das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Laufe einer wichtigen Tagung, die alten Mitarbeiter Stalins, Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Schepilow, aus dem Präsidium der Partei und aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen hatte. Molotow, Kaganowitsch und Malenkow wurden daraufhin auch aus ihren Regierungsämtern verjagt. Verurteilt wurden sie wegen ihrer Opposition zu den Entstalinisierungsbeschlüssen des 20. Parteitages und wegen ihrer parteifeindlichen Fraktionsarbeit. Nach alten bewährten Stalin-Methoden wird nunmehr in der Sowjetunion und in der ganzen Welt ein breitangelegter Propagandafeldzug gegen sie geführt.

Einmal mehr ein Sieg des Parteiapparats. Chruschtschow und seine Leute haben die Opposition der alten Stalinisten politisch und moralisch erledigt.

Nach dem Tode Stalins – wie vorher nach dem Tode Lenins – begann innerhalb der Führung der Partei und des Staates ein harter Fraktionskampf um die Macht. In einem Diktaturstaat mit Einparteiensystem ist nach dem Tode des anerkannten oder sich durchgesetzt habenden Diktators ein solcher Kampf unvermeidlich. Die kollektive Führung ist nie ernst gemeint; sie dauert nur so lange, als keine Entscheidung erzielt werden konnte. Schon die Liquidierung Berias und die Zurücksetzung Malenkows hatten die Zerbrechlichkeit der kollektiven Führung nach dem Tode Stalins bewiesen. Der

Fraktionskampf um die Macht ging weiter und wurde Ende Juni durch den vorläufigen Sieg Chruschtschows über die alten Stalinisten entschieden.

Chruschtschow ist eine sehr umstrittene Persönlichkeit; er ist ein großer Trinker und ein unermüdlicher Schwätzer, der häufig dumme Sprüche von sich gibt. Nach den Meldungen der kommunistischen Zeitungen war sein Sieg ein schwer erreichter. Es scheint, daß die Armee und Marschall Schukow persönlich seinen Erfolg gegen die alten Stalinisten sicherten. Es ist sehr wohl möglich, daß er nicht endgültig und auf lange Zeit die Funktion des Führers ausüben wird und daß hinter ihm andere die Macht begehren. Schukow hat sich eine sehr starke Position geschaffen, sowohl im Präsidium der Partei wie innerhalb der Regierung und der Armee.

Der Machtkampf wird immer auf der Grundlage von politischen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen. Die politische Auseinandersetzung ist jedoch nicht das wesentliche, sie ist nur der Vorwand für die Ausschaltung der Gegenspieler. Es gab und gibt ohne Zweifel politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Diese Meinungsverschiedenheiten werden aber nie tragisch genommen, solange die Opposition nicht um die Macht kämpft. Sobald der Machtkampf beginnt, werden dann alle diese Meinungsverschiedenheiten plötzlich vertieft, erweitert, systematisiert und als grobe konterrevolutionäre Abweichung bezeichnet. Einige Jahre nach Erledigung der Opposition werden aber ihre Anschauungen als die Linie der Partei ruhig durch die Führung vertreten und durchgeführt.

Nehmen wir als Beispiel den Kampf von Trotzki und Sinowjew gegen die Kulakengefahr in den Jahren 1924 bis 1927. Stalin hat die Agrarpolitik der damaligen Opposition bekämpft, die Opposition aus der Partei gestoßen – und zwei Jahre später vier Millionen Kulaken aus ihren Heimen gejagt und die Kollektivisierung der Landwirtschaft mit allen Terrormaßnahmen durchgeführt.

Sodann wurde die rechte Opposition Bucharin-Rykow-Tomskij wegen ihres Opportunismus bekämpft und vernichtet. Ihre Politik der Einheitsfront gegen den Faschismus und der Gewerkschaftseinheit wurde auf dem 7. Weltkongreß der Komintern als die Politik der kommunistischen Weltbewegung proklamiert.

Im Laufe der dreißiger Jahre hat Stalin unzählige Oppositionsführer der Partei und der Armee hinrichten lassen, weil sie angeblich mit Hitler-Deutschland konspirierten. Er selbst führte geheime Verhandlungen mit Hitler, um am Vorabend des Zweiten Weltkrieges den Hitler-Stalin-Pakt zu unterzeichnen!

Im Jahre 1955 wurde Malenkow als Regierungschef von Chruschtschow abgesetzt, weil er angeblich die Konsumindustrie auf Kosten der Investi-

tionen der Schwerindustrie ausbauen wollte. Auf der letzten Tagung des Zentralkomitees hat Malenkov gegen Chruschtschow die gleiche Anschuldigung erhoben, weil er die Landwirtschaftsproduktion fördert, an Stelle der Schwerindustrie; es wurde ihm deswegen bucharinistische Rechtsabweichung vorgeworfen.

Man ersieht aus diesen Beispielen, daß die politischen Prinzipien und Auseinandersetzungen in Wirklichkeit nur einen Vorwand im Machtkampf bilden.

Ich erinnere mich, daß nach dem 7. Weltkongreß der Komintern eine Delegation von Schweizer Kommunisten nach Moskau eingeladen wurde. Die Leitung der Komintern hatte beschlossen, mich an die Spitze der Kommunistischen Partei der Schweiz zu stellen. In einer persönlichen Unterredung mit Manuilsky stellte er mir die Frage: «Sind Sie mit der Einheits- und Volksfrontpolitik des 7. Weltkongresses einverstanden?» Ich lächelte und antwortete: «Ich war schon in den Jahren 1928 und 1929 mit Bucharin zusammen für diese Politik!» Darauf erklärte Manuilsky: «Man hat nie recht gegen seine Partei. Damals war die Einheitsfrontpolitik grundfalsch. Heute, in der neuen politischen Lage, ist sie richtig. Die Frage ist: Sind Sie bereit, diese Politik *heute, mit uns*, durchzuführen?»

Die Hauptfrage war nicht die Durchführung der Volksfrontpolitik, sondern sie wurde in die beiden Worte «*mit uns*», das heißt unter der Führung Stalins, gelegt!

Es ist aber trotzdem interessant, festzustellen, welche Politik das Zentralkomitee der KP der Sowjetunion in der Person Molotows verurteilt hat.

Nach den gefaßten Beschlüssen hätten die alten Stalinisten die Dezentralisationspläne Chruschtschows in der Industrie und seine Liberalisierungsmaßnahmen gegenüber den Kolchosbauern, besonders der Zwangsablieferungen an den Staat, abgelehnt. Sie hätten auch die Politik Chruschtschows gegenüber den nationalen Minderheiten und gegenüber den Intellektuellen verurteilt. Es scheint, daß die alten Stalinisten den großrussischen Imperialismus oder, wie Lenin es nannte, den «großrussischen Chauvinismus» Stalins trotz dem wachsenden Widerstand der nichtrussischen Völker aufrechterhalten und sogar verschärfen wollten. Sie befürchteten, daß die Liberalisierungsmaßnahmen den zentrifugalen Tendenzen im Sowjetreich Vorschub leisten.

Besonders wichtig sind die Anschuldigungen gegen Molotow und seine Fraktionskollegen auf dem Gebiet der Außenpolitik. Molotow hätte die Versöhnung mit den Kommunisten Jugoslawiens bekämpft. Er sah mit einem gewissen Recht in der Politik Titos eine gefährliche Häresie. Als Außenminister hätte er auch die Kontakte der Führer der Sowjetunion mit den Persönlichkeiten des Westens verurteilt und die Politik der friedlichen

Koexistenz und der Entspannung, besonders den Staatsvertrag mit Österreich, sabotiert.

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist zweifellos voll Widersprüche gewesen, vor allem im Oktober des letzten Jahres, gegenüber den polnischen und ungarischen Ereignissen. Es wäre aber falsch, wollte man glauben, daß die Politik des Kremls nach der Verurteilung und Kaltstellung der alten Stalinisten eindeutig werden wird. Sofort nach dem Plenum des Zentralkomitees hat die Sowjetregierung ihre Stellung in der Abrüstungskonferenz der UNO in London verhärtet, hat Chruschtschow vor einer Arbeiterversammlung in Prag Tito und die Arbeiterräte Jugoslawiens scharf angegriffen. Alles so, als würde Chruschtschow nach seinem Sieg die Außenpolitik Molotows durchführen . . .!

Der Machtkampf in Moskau ist nicht zu Ende; was sich soeben abspielt hat, war bloß eine Episode.

Anfang Juli tagte in Wien der *Kongreß der Sozialistischen Internationale*. Auf der Tagesordnung standen wichtige politische und organisatorische Probleme. Nach den internationalen Ereignissen des letzten Jahres in Suez, Ungarn und Algerien, mitten in den Verhandlungen der Abrüstungskommission in London und am Vorabend der Parlamentswahlen in Deutschland, war eine Stellungnahme der Sozialistischen Internationale fällig.

Die Sozialistische Internationale hat den Zusammenschluß zwischen internationaler Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands betont. Sie unterstützt einmütig die Ansicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß die Wiedervereinigung nur auf der Grundlage völlig freier Wahlen stattfinden kann. Das wiedervereinigte Deutschland soll auch frei sein, seine politische Stellung ohne Rücksicht auf vorher bestehende politische und militärische Bindungen des einen oder des andern seiner Teile zu bestimmen. Die Sozialistische Internationale hat ihre Stimme erhoben gegen die Atombombenversuche der Großmächte und für die Abrüstung.

Meinungsverschiedenheiten entstanden jedoch über die Frage der Neutralisierung einer breiten Zone Europas zwischen Ost und West, eine Neutralisierung und militärische Befreiung der beiden Teile Deutschlands sowie Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns. Die Wiedervereinigung Deutschlands wäre dann ein Auftakt für eine Vereinigung ganz Europas. Dieser Plan wurde besonders von den Vertretern der britischen Labour Party, Gaitskell und Bevan, und von Ollenhauer vertreten. Die Vertreter der sozialistischen Parteien der NATO-Länder, vor allem Holland und Belgien, nahmen gegen diese Konzeption Stellung. Die Frage wurde aus dem Text der Resolution ausgelassen und einer Kommission zur weiteren Prüfung übermittelt.

Ende Juni fand in Toulouse der *Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs* statt. Die Algerienpolitik Guy Mollet-Lacoste stand zur Dis-

kussion. Die Opposition gegen den Kolonialkrieg der französischen Regierung war in Toulouse stärker als auf früheren Parteitag, doch siegte Guy Mollet einmal mehr. Die Algerienpolitik Frankreichs beunruhigt vor allem die Amerikaner. Der demokratische Senator Kennedy hat im Parlament die französische Politik besonders scharf kritisiert und von den Vereinigten Staaten verlangt, sie sollen eine Vermittlungsaktion einleiten, um diesem Krieg ein Ende zu setzen.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Robert Guillain, einer der besten Kenner der Probleme Ostasiens, hat kürzlich in einem in Paris erschienenen Buch («600 Millionen Chinesen») und in einer langen Artikelserie in «Le Monde» über die Entwicklung in China, der wir gar nicht genug Aufmerksamkeit schenken können, berichtet. Die Bonner Zeitschrift «Die politische Meinung» (12) gibt unter dem Titel «Neuer Wind über Peking» die Ansichten Guillains über die Rückwirkungen der «Entstalinisierung» auf China wieder: «Ebenso wie in der Sowjetunion rührt sich etwas in der Chinesischen Volksrepublik. Worte werden ausgesprochen, die man nie in den letzten Jahren vernommen hätte. Forderungen werden aufgestellt, die früher verboten oder unterdrückt wurden... Die Neuerungen umfassen im wesentlichen drei Kategorien: die Lage der Intellektuellen und die Gedankenfreiheit – die Lage der Arbeiterschaft –, die Schwierigkeiten der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet... Die Lage verlangt Umwandlungen auf längere Sicht hin... Zunächst einmal nimmt Peking nach Moskauer Muster eine Veränderung vor, die in der wirtschaftlichen Dezentralisation besteht. Der Staat wollte zuviel machen... Die zweite Neuerung: der Beginn einer gewissen Rückkehr zur Leichtindustrie... Drittes Korrektiv im Sinne des Liberalismus: Peking beschließt, den Küstenbezirken mehr Aufmerksamkeit zu widmen... So sieht das sehr vorsichtige und kontrollierte ‚Auflockern der Schrauben‘ aus... Es ist aber wohl möglich, daß die chinesischen Führer noch weiter gehen müssen und daß sie den chinesischen Arbeitern Konzessionen werden machen müssen, die diese bei ihrer gegenwärtigen Notlage absolut notwendig haben, wie zum Beispiel ein Nachlassen des Stachanovismus in den Fabriken und eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zugunsten der Bauern. Im Endergebnis ist die Entstalinisierung auf wirtschaftlichem Gebiet ansteckend...»

Über die Landwirtschaftspolitik des Mao-Regimes findet man eine eingehende, reich dokumentierte Untersuchung aus «Current History» (Philadelphia) in deutscher Übertragung in «Ost-Probleme» (13); im gleichen Heft wird aus «Problems of Communism» (Washington) eine längere Besprechung von sechs neuen, in englischer Sprache erschienenen Büchern über China wiedergegeben. – Aus der englischen Zeitschrift «International Affairs» (April) veröffentlicht «Aus Politik und Zeitgeschehen» (Beilage zu «Das Parlament», Bonn (1. Mai 1957) die Übersetzung eines Aufsatzes von G. F. Hudson, der die Auffassung vertritt: «China hat Rußland auf den rechten Weg zurückgeführt; Mao hat sich bemüht, die durch Chruschtschow und die sowjetische kollektive Führung angerichtete Verwirrung zu klären. Pekings Stimme ist heute im marxistisch-leninistischen Glaubensbekenntnis unanfechtbar... Tschu En-lai unterbricht seine Reisen zwischen Indien, Burma und Pakistan, um als Sprecher Maos Moskau, Warschau und Budapest seinen Besuch abzustatten. Damit greift China zum erstenmal in die europäischen Angelegenheiten ein.»